

Begrüßungsrede von Peter Rohland, Vorstand vhw e. V.

Auf dem Verbandstag im Oktober 2009 hat der vhw seine Grundlagenstudie „Migrantenmilieus“ vorgestellt und die Präsentation mit der Forderung an die neue Bundesregierung verknüpft, den in der Integrationspolitik in der letzten Legislaturperiode eingeleiteten Perspektivwechsel „Weg von den Defiziten, hin zu den Potenzialen“ fortzuführen. Diesem Anliegen kommt die neue Bundesregierung offensichtlich nach, will sie doch an die Erfolge der vergangenen vier Jahre anknüpfen, das Begonnene konsequent fortsetzen und der Integration zugleich neue Impulse verleihen – so jedenfalls der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP.

Mit diesem Perspektivwechsel soll der Kritik an der bisherigen Integrationspolitik Rechnung getragen werden, dass eine nur defizitorientierte Integrationspolitik den gegenwärtigen und zukünftigen Integrationsaufgaben nicht gerecht wird.

Der Erfolg dieser Integrationspolitik wird daran zu messen sein, inwieweit die Migranten an den für die Lebensführung gesellschaftlich bedeutsamen Bereichen wie Arbeit, Bildung und Wohnen teilhaben werden. Hier liegen die zentralen Herausforderungen, die zwar als Querschnittsaufgabe auf allen (politischen) Ebenen anfallen, aber „vor Ort“, also in der Stadt bzw. im Quartier bewältigt werden müssen.

Der nationale Integrationsplan, der nach dem Willen der neuen Bundesregierung zu einem nationalen Aktionsplan mit klar definierten und überprüfbaren Zielen weiterentwickelt werden soll, sah folglich die „Integration vor Ort“ als ein Schlüsselthema für eine erfolgreiche Integration. Ein Ziel der Integration vor Ort ist die gleichberechtigte Teilhabe der Migranten am sozialen, ökonomischen und politischen Leben, die in den Kommunen, Stadt- und Ortsteilen im kommunalpolitischen Konsens ermöglicht werden soll.

Der nationale Integrationsplan betont die sozialräumlichen Anforderungen für eine kommunale Integrationspolitik und den besonderen Handlungsbedarf für Wohnquartiere, in denen sich sozioökonomische Benachteiligungen mit Problemen des Zusammenlebens verschiedener Bewohnergruppen überlagern. Vor allem hier sind sozialräumliche und fachübergreifende Ansätze zur Integration der Migrationsbevölkerung erforderlich.

Integrationspolitik und Stadtentwicklungspolitik wirken bei der Integration vor Ort zusammen, etwa im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Mit einem integrierten Handlungsansatz und durch Bündelung von Maßnahmen und Programmen, insbesondere des Städtebaus, der Beschäftigungs-, der Bildungs-, Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik sollen die Wohn- und Lebensbedingungen in sozial benachteiligten Quartieren verbessert und das nachbarschaftliche Miteinander gestärkt werden.

Für die Integrationspolitik ist es wichtig, fundierte Grundlagen für eine sozialräumliche Orientierung von Integrationsstrategien zu haben. Diese sind nach Einschätzung der Zwischenbilanz des nationalen Integrationsplans weitgehend nicht vorhanden. Zwar ist im letzten Jahr ein erster Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung vorgelegt worden. Aber auch in diesem Bericht wird betont, dass eine vertiefende Bewertung einzelner Politikfelder der Integrationspolitik begleitender wissenschaftlicher Studien bedarf. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde im Politikfeld Stadtentwicklung mit der vom BMVBS in Auftrag gegebenen Studie „Migranten/Integration und Stadtentwicklung“ unternommen.

Es kann sich hierbei allerdings nur um den Beginn einer Arbeit auf einem bisher noch weitgehend unbestellten Feld handeln. Denn – meine Damen und Herren – eine aktivierende Integrationspolitik, die die Potenziale der Migranten heben will, braucht fundierte Kenntnisse über ihre Lebenswelten. Dies jedenfalls dann, wenn – wie bei der aktivierenden Integrationspolitik – diese nicht nur **für**, sondern **von** und **mit** den Migranten stattfinden soll.

Wer – wie der vhw – die Zukunft der Stadt in der Vielfalt der Stadtgesellschaft sieht und damit den Perspektivwechsel der Integrationspolitik nur unterstützen kann, muss sich auch die Lebenswelten der Migranten erschließen. Denn die Funktionsfähigkeit der aktivierenden Integrationspolitik und die hierbei erwartete Rolle und Teilhabe der Migranten setzen auf jeder Bewertungs- und Gestaltungsebene von integrierter Stadtentwicklungspolitik differenzierte Kenntnisse über Migrantenverhalten- und wünsche voraus.

Hier setzt der Beitrag des vhw in der Integrationsdebatte an, wie Sie auch aus dem Ihnen vorliegenden Thesenpapier entnehmen können. Denn bei aller Wertschätzung für den ersten Integrationsindikatorenbericht – Einblicke in die Lebenswelten der Migranten lassen sich hieraus nur bedingt ableiten.

Für den vhw ist also die Lebensstil- bzw. Milieuforschung der Schlüssel zur Stadtgesellschaft und damit zu ihren Potenzialen.

Über dieses Instrument lässt sich ihre Vielfalt strukturieren. Hierbei wird deutlich: Die Stadtgesellschaft ist immer das Miteinander von Migranten und Mehrheitsgesellschaft und sie ist weniger fragmentiert als oftmals gedacht.

Die vom vhw initiierte Migrantenstudie, die diesem Thesenpapier zugrunde liegt, belegt darüber hinaus: Die Vielfalt der Stadtgesellschaft ist ein Potenzial und kein Risiko. Migranten sind eine Bereicherung für die Stadtgesellschaft und verfügen über noch ungenutzte Ressourcen: Von der lokalen Teilhabe an der Demokratie im Stadtteil über die Teilhabe auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungssystem bis hin zur kulturellen Integration. Integrationspolitik muss an diese Potenziale anknüpfen und Migranten als aktive Koproduzenten von Integrationspolitik begreifen.

Die Migrantenstudie zeigt des Weiteren auf: Die Potenziale der interkulturellen Teilhabe von Migranten sind nicht ausgeschöpft. Diese Potenziale finden sich in allen Milieus. Die Milieus zeigen die lebensweltlichen Zugänge zu den noch unerschlossenen Partizipationspotenzialen der Migranten. Der Milieuansatz ist ein Hebel, der gleichzeitig die lokale Demokratie und die Integrationskraft der Stadtgesellschaft stärken kann.

Die Migrationsstudie weist schließlich den Weg, wie über den Milieuansatz Integrationspolitik und lokale Teilhabeangebote auf Migranten in ihrer Vielfalt auszurichten sind. Teilhabe bedeutet für den vhw Teilhabe aller Milieus, nicht nur Teilhabe der privilegierten oder Teilhabe der einfach Erreichbaren.

Das Milieukonzept ist also ein Brückenkopf, der Teilhabe für Migranten in ihrer soziokulturellen Vielfalt ermöglicht. Das bedeutet:

1. Eine gezielte Ansprache und Einbindung der Migrantenmilieus und das Schaffen konkreter Erfahrungen zwischen den einzelnen Milieus; dabei kommt insbesondere

der Migrantenelite eine Brückenfunktion zwischen Migranten und Mehrheitsgesellschaft zu,

2. die Einbindung der Migrantenmilieus in die Strukturen der Vereine und Organisationen und
3. die interkulturelle und soziokulturelle Öffnung der Partizipationsstrukturen für alle Milieus.

Mit diesen Thesen knüpfe ich unmittelbar an die Ziele der Ihnen ebenfalls vorliegenden Roadmap des vhw an. Danach wird sich der vhw dafür einsetzen, die Stadtgesellschaft im Sinne einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Bürgern, Staat und Wirtschaft demokratisch weiterzuentwickeln, ihre Vielfalt als Potenzial zu begreifen und sie in ihrer Gesamtheit zur Teilhabe zu befähigen.

Damit knüpft der vhw in seiner Arbeit an die Leitlinien des nationalen Integrationsplans an, heißt es doch dort, ich zitiere: „Integration erfordert eine aktive Bürgergesellschaft, in der möglichst viele Menschen Verantwortung übernehmen und Eigeninitiative entwickeln.“

Auf diesen sicherlich mühsamen Weg ist die heutige Veranstaltung einzuordnen. Wir freuen uns, dass uns hierbei – jedenfalls am heutigen Tag – die Staatsministerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Prof. Maria Böhmer, begleitet.